



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Zeitgeschehen

Claudius Weise

Libysche Lügen

Hintergründe eines Desasters

Anfang Mai, während ihres Besuchs in den sogenannten Sahel-Staaten, machte Bundeskanzlerin Angela Merkel eine geradezu sensationelle Bemerkung über das von andauerndem Bürgerkrieg gezeichnete Libyen, die in den deutschen Medien allerdings kaum Beachtung erfuhr. »Deutschland fühle eine Mitverantwortung für die Lage in dem afrikanischen Staat,« berichtete die Agentur Reuters, »weil es sich im UN-Sicherheitsrat 2011 bei der Abstimmung über die westlichen Militärintervention trotz Zweifeln enthalten habe. ›Immer wenn man etwas nicht verhindern kann, hat man auch eine Verantwortung dafür,« sagte Merkel.«¹

Immerhin meldete der Deutschlandfunk, die Kanzlerin müsse »eingestehen, dass die westlichen Staaten, die mit dem Sturz des Ghaddafi-Regimes maßgeblich zur Destabilisierung Libyens und der Region beigetragen haben, nicht bereit zu der Unterstützung sind, die sich die fünf Präsidenten [der Sahel-Staaten] wünschen.«² Und Burkina Fasos Präsident Roch Marc Kaboré konnte zu Protokoll geben: »Was die Libyen-Frage anbelangt, so haben wir bei den Großmächten, die Libyen destabilisiert haben, angefragt, dass sie ihre eigene Verantwortung übernehmen, um da eine Lösung zu finden. Die ursprüngliche afrikanische Vision bei der Afrikanischen Union war, dass eine Lösung aus interner Sicht gefunden wird. Trotz der afrikanischen Vorschläge hatte man sich aber dafür entschieden, Gaddafi zu vertreiben.«³

Erinnern wir uns: Bei der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 über die von Frankreich, dem Libanon und Großbritannien eingebrachte Resolution 1973, welche die rechtliche Basis für die westliche Militärintervention lieferte, hatte sich Deutschland als nichtständiges Mitglied enthalten – zusammen mit Brasilien, China, Indien und Russland, was zu jener Zeit scharf kritisiert wurde. Noch vier Jahre später stellte Sebastian Harnisch, Professor für Internationale Beziehungen und Außenpolitik an der Universität Heidelberg, in einer Studie über ›Deutschlands Rolle in der Libyen-Intervention‹ fest: »Die Politikwissenschaft und die sicherheitspolitische Community sind sich über alle theoretischen und parteipolitischen Grenzen einig, dass die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 falsch gewesen sei. Dabei wurde die Enthaltung zeitweise geradezu zur Karikatur verkehrt, indem sie als unüberlegter Bruch mit der Westbindung aufgrund eines mangelnden ›Urteilsvermögens bei Außenminister und Kanzlerin‹ verunglimpft oder als Streben nach dem Status einer ›großen Schweiz‹ stilisiert wurde, das eine ›neue deutsche Frage‹ aufwerfe.«⁴ Ex-Außenminister Joschka Fischer schimpfte beispielsweise in der ›Süddeutschen Zeitung‹, ihm bleibe »nur die Scham für das Versagen unserer Regierung und – leider! – auch jener roten und grünen Oppositionsführer, die diesem skandalösen Fehler anfänglich auch noch Beifall spendeten.

die Drei 6/2019

Außenpolitik heißt doch nicht, vor allem *bella figura* auf dem internationalen Parkett zu machen und ansonsten auf Provinzwahlen zu starren, sondern harte strategische Entscheidungen zu verantworten, selbst wenn sie in der Innenpolitik alles andere als populär sind.«⁵

Außenminister Guido Westerwelle rechtfertigte sich im selben Blatt mit einem Beitrag, dessen gewundene Argumentation auf die schlichte Mahnung hinauslief: »Respice finem! Bedenke das Ende!«⁶ Und Merkel sah sich zu der Feststellung genötigt: »Deutschland wird sich, wie jeder weiß, nicht an militärischen Maßnahmen beteiligen. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Nur deshalb haben wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Die Ziele dieser Resolution teilen wir uneingeschränkt. Unsere Enthaltung ist nicht mit Neutralität zu verwechseln.«⁷ Inzwischen scheint sie allerdings zu der Erkenntnis gekommen sein, dass damals eher entschiedene Opposition angezeigt gewesen wäre – wie neun Jahre früher Gerhard Schröders Nein zum Irak-Krieg.

Das mag auch damit zusammenhängen, dass die Flüchtlingskrise, die ihre Kanzlerschaft seit 2015 überschattet, mit dieser Intervention eng zusammenhängt. Bekanntlich sagte Libyens Diktator Muammar al Gaddafi kurz vor Verabschiedung der UN-Resolution 1973 in einem Interview mit dem »Journal du Dimanche« über den vom Westen unterstützten Aufstand: »Drohungen und Destabilisierung werden zu einem Chaos führen«, aus dem al-Qaida und andere bewaffnete Gruppen als Gewinner hervorgehen würden.« Und weiter: »Sie werden Einwanderung bekommen. Tausende Menschen werden aus Libyen nach Europa eindringen, und es wird niemand geben, der sie aufhält.«⁸

Verhinderte Befreiung?

Aber wie kam es überhaupt zu dieser Intervention? Eigentlich war Gaddafis internationales Ansehen in der Zeit davor höher denn je. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hatte er sich schrittweise dem Westen angenähert, weil er das terroristische Netzwerk der al-Qaida als gemeinsamen Feind betrachtete.

Die auf seine Initiative hin gegründete »Afrikanische Union«, die den Kontinent nach dem Vorbild der Europäischen Union vereinigen sollte, wählte ihn Anfang 2009 zu ihrem Präsidenten. Ein weiteres Zeichen der Anerkennung war die im selben Jahr erfolgte Einladung, vor der UN-Vollversammlung zu sprechen. Das geriet freilich zum Eklat, weil er, wie die »Welt« berichtete, den Vereinten Nationen in Form der versammelten Staats- und Regierungschefs vorhielt, »ihre eigene Charta zu brechen. In der Präambel sei vorgeschrieben, dass alle Länder unabhängig von ihrer Größe gleichberechtigt seien, sagte Gaddafi [...]. Dennoch seien die meisten Staaten nicht im fünfzehnköpfigen Sicherheitsrat vertreten, die fünf Vetomächte hätten das alleinige Sagen. [...] Die Supermächte nutzten die Macht der Vereinten Nationen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen«⁹.

Während das Aussprechen unbequemer Wahrheiten noch als exzentrisches Verhalten abgetan werden konnte, erregten seine Pläne für Afrika mehr Bedenken. Mitte 2010 schrieb die »Süddeutsche Zeitung« betont distanziert: »Gaddafi, der sich schon länger als überzeugter Pan-Afrikaner gibt, schwebt ein riesiger, vereinter Staat Afrika vor mit gemeinsamer Währung, gemeinsamen Pässen und gemeinsamer Armee. Diese »Vereinigten Staaten von Afrika« würden in Gaddafis Phantasie eine gewichtige Rolle in der Weltpolitik spielen.«¹⁰ Besonders heikel war die Idee einer gemeinsamen Währung, wie der Journalist Simon Inou nach Gaddafis Tod in der »Presse« erläuterte: »Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es in Afrika mehrere Initiativen zur Gründung einer eigenen Währungsunion sowie einige bereits bestehende Währungsunionen. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts streben viele afrikanische Staaten nach einer gemeinsamen Währung. Aufgrund der Koppelung des Franc CFA (West- und Zentralafrikanische Währungen) an Frankreich und dessen Willen, seine ehemaligen Kolonien weiter auszubeuten, sind alle bisherigen Bemühungen gescheitert. Ein zentraler Punkt für Libyens Staatschef war die Unabhängigkeit der Finanzinstitutionen. Bis vor Kurzem und zum Ärger von ausländischen Banken und des Internationalen Wäh-

rungsfonds war die libysche Zentralbank völlig unabhängig; ganz im Gegensatz zu fast allen afrikanischen Banken, die von ausländischen Banken abhängig sind. Eine große Bedrohung der westlichen Finanzwelt sah Nicolas Sarkozy im aktiven Bemühen Gaddafis, die afrikanischen Finanzinstitute aus der französischen Abhängigkeit zu befreien. Da Libyen eine solide Währung hatte, wollte Gaddafi eine afrikanische Währung auf Basis des libyschen Geldes aufbauen. Die Ablösung des an Frankreich gekoppelten Franc CFA wäre eine Befreiung für Millionen von Menschen in ganz Afrika gewesen. So hätte der Kontinent die Möglichkeit gehabt, selbst über seine Rohstoffpreise zu entscheiden und sich aus den Fängen der neoliberalen Wirtschaftsdiktatur, in der sich 80 Prozent des Kontinents seit mehr als fünf Jahrhunderten befinden, befreien zu können.«¹¹ Dass dies ein entscheidendes Motiv hinter der westlichen Intervention war, bestätigt ein Untersuchungsbericht des britischen Unterhauses aus dem Jahr 2016. Dieser stellt fest, dass die Initiative dazu von Frankreich ausging, und zitiert eine E-Mail vom 2. April 2011, in der US-Außenministerin Hillary Clinton mitgeteilt wurde, dass Präsident Nicolas Sarkozy aus folgenden Gründen auf eine Intervention dränge: »a) Der Wunsch, einen größeren Anteil an der libyschen Ölförderung zu gewinnen, b) den französischen Einfluss in Nordafrika zu erhöhen, c) seine innenpolitische Situation in Frankreich zu verbessern, d) dem französischen Militär die Möglichkeit zu geben, seine Stellung in der Welt zu behaupten, e) auf die Bedenken seiner Berater bezüglich der langfristigen Pläne Gaddafis einzugehen, Frankreich als dominante Macht im frankophonen Afrika zu ersetzen.«¹² Dem war in der E-Mail vorangestellt, dass Gaddafi über 143 Tonnen Gold und ähnlich viel Silber verfüge: »Dieses Gold wurde vor der gegenwärtigen Rebellion angesammelt und sollte für die Einführung einer panafrikanischen Währung, basierend auf dem libyschen Gold-Dinar, verwendet werden. Dieser Plan wurde entwickelt, um den französischsprachigen afrikanischen Ländern eine Alternative zum französischen Franc (CFA) anzubieten.

(Anmerkung zur Quelle: Nach Angaben sachkundiger Personen wird diese Menge an Gold und Silber auf mehr als 7 Milliarden US-Dollar geschätzt. Französische Geheimdienstler entdeckten diesen Plan kurz nach Beginn der aktuellen Rebellion, und das war einer der Faktoren, welche die Entscheidung von Präsident Nicolas Sarkozy, Frankreich zum Angriff auf Libyen zu verpflichten, beeinflusst haben. [...])«¹³

Fehler und Fälschungen

Von diesen Hintergründen erfuhr die westliche Öffentlichkeit nichts. Vielmehr ging es offiziell darum, die libysche Zivilbevölkerung vor Übergriffen des Regimes zu schützen. Der Untersuchungsbericht des Unterhauses erklärt dazu, dass diese Gefahr übertrieben dargestellt worden sei, geschürt durch Falschmeldungen arabischer Fernsehsender und libysche Exilanten, die einflussreiche Verbündete im intellektuellen Establishment Frankreichs fanden.¹⁴ Der Bericht zitiert eine Untersuchung von ›Amnesty International‹ mit den Worten, »dass viele westliche Medienberichte von Anfang an einen sehr einseitigen Blick auf die Logik der Ereignisse präsentierten, die Protestbewegung als völlig friedlich darstellten und wiederholt behaupteten, dass die Sicherheitskräfte des Regimes ungestraft unbewaffnete Demonstranten massakrierten, die keine Bedrohung der Sicherheit bildeten.«¹⁵ Kühl heißt es ferner, man habe »keine Beweise dafür gefunden, dass die britische Regierung eine ordnungsgemäße Analyse des Wesens der Rebellion in Libyen durchgeführt hat«¹⁶. Besonders die »Möglichkeit, dass militante extremistische Gruppen versuchen würden, von der Rebellion zu profitieren, hätte nicht einer rückblickenden Betrachtung vorbehalten sein dürfen. Libysche Verbindungen zu transnationalen militanten extremistischen Gruppen waren vor 2011 bekannt, weil viele Libyer am Irak-Aufstand und in Afghanistan mit al-Qaida teilgenommen hatten.«¹⁷ Die Folge dieser Fehleinschätzungen war die voreilige Festlegung auf einen Regimewechsel. Dabei folgte Großbritannien den Franzosen, während die US-Regierung zunächst skeptisch

war, dann aber die Ausweitung der Resolution 1973 über eine Flugverbotszone hinaus zur Autorisierung »aller notwendigen Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung« vorantrieb, womit Gaddafis Schicksal besiegelt war.¹⁸ In der erwähnten Studie zur Rolle Deutschlands heißt es dazu: »Eine der wenigen Möglichkeiten, die wachsende militärische Beeinflussung von außen zu stoppen, hätte in einem Waffenstillstand, der Aufklärung der Vorgänge in Libyen selbst, der strikten Überwachung des Waffenembargos sowie der Aufnahme von Gesprächen zwischen dem Regime und den Rebellen bestanden, so wie es die Afrikanische Union noch bis Mitte April 2011 forderte. Da die Bundesregierung aber u.a. einen Machterhalt Gaddafis schon frühzeitig ausgeschlossen hatte, war eine solche politische Konfliktregulierung durch Verhandlungen aus Sicht der Bundesregierung de facto nicht mehr gangbar.«¹⁹

Die Studie kommt zu dem Schluss: »Humanitär ist der Befund eindeutig: Im Zuge der Intervention sind deutlich mehr Menschen getötet worden als zu erwarten gewesen wäre, wenn die NATO nicht interveniert hätte.« Deshalb müsse festgestellt werden, dass die Grundlinien der deutschen Politik, »einschließlich der Enthaltungsentscheidung, rational nachvollziehbar, abgewogen und in der angeschlossenen Prognose zutreffend waren. Im Vergleich waren viele der frühen wissenschaftlichen und politischen Analysen voreilig und in ihren teilweise drastischen Beurteilungen unzutreffend. Angesichts der Krisen in Syrien und der Ukraine sollte wieder mehr Sachlichkeit die deutsche außenpolitische Debatte prägen, sodass die Wissenschaft ihre kritische Distanz gegenüber der Politik erhält, aber trotzdem in einem konstruktiven Dialog verbleibt.«²⁰ Eine Empfehlung, der man sich nur anschließen kann.

1 <https://de.reuters.com/article/deutschland-libyen-merkel-idDEKCN1S90B3>

2 www.deutschlandfunk.de/kanzlerin-in-burkina-faso-merkel-verspricht-unterstuetzung.1773.de.html?dram:article_id=447643

3 www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonzferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-praesidenten-von-burkina-faso-roch-marc-kabor%C3%A9-1604758

4 Sebastian Harnisch: »Deutschlands Rolle in der Libyenintervention«, in Marianne Kneuer (Hrsg.): »Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung«, Baden-Baden 2015, S. 85f. – www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/harnisch_deutschlands_rolle_in_der_libyen-intervention.pdf

5 www.sueddeutsche.de/politik/streitfall-libyen-einsatz-deutsche-aussenpolitik-eine-farce-1.1075362

6 www.sueddeutsche.de/politik/libyen-einsatz-kritik-an-der-deutschen-position-bedenke-das-ende-1.1076441

7 <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/dokumente/pressestatement-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-zur-aktuellen-entwicklung-in-libyen-842900>

8 www.sueddeutsche.de/politik/pr-offensive-von-gaddafi-sie-werden-bin-laden-an-der-tuer-haben-1.1068597

9 www.welt.de/politik/ausland/article4599092/

Libyens-Diktator-Gaddafi-zerreißt-UN-Charta.html

10 www.sueddeutsche.de/politik/vereinigte-staaten-von-afrika-gaddafis-ehrgeiziger-traum-1.476260

11 https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/705833/Muammar-alGaddafi-und-Afrika_Zwischen-Vision-und-Tyrannie. In einer ungekürzten Fassung heißt es weiter: »Der eigentliche Krieg ist nicht gegen die Libyer, sondern gegen die Befreiung einzelner afrikanischer Staaten [gerichtet], deren Unabhängigkeit für den Westen ein Dorn in [sic!] Auge sein könnte.« – www.afrikanet.info/menu/diaspora/afrika/datum/2011/12/01/visionaer-und-tyrann-die-zwei-gesichter-gaddafis/

12 House of Commons Foreign Affairs Committee: »Libya: Examination of intervention and collapse and the UK's future policy options« (HC 119), London 2016, S. 10f. – <https://publications.parliament.uk/pa/cm201617/cmselect/cmcaff/119/119.pdf>

13 www.foreignpolicyjournal.com/wp-content/uploads/2016/01/110402-France-client-gold-State-Dept.pdf

14 Vgl. www.newyorker.com/culture/richard-brody/did-bernard-henri-levy-take-nato-to-war

15 HC 119, S. 14.

16 Ebd.

17 A.a.O., S. 13.

18 A.a.O., S. 11f.

19 Sebastian Harnisch: op. cit., S. 108.

20 A.a.O., S. 122.